

Wohnungskontrollen gegen Sozialbetrug

01.02.2026

Die seit Jahren anhaltend hohe Zuwanderung hat die Stadt Essen vor erhebliche finanzielle und organisatorische Herausforderungen gestellt. Während Essen seit Langem unter Haushaltsdruck, angespanntem Wohnungsmarkt und steigenden Sozialausgaben leidet, wurden Schutzsuchende und Zuwanderer weitgehend ohne ausreichende Kontrolle in das deutsche Sozialsystem aufgenommen. Auch in Essen hat sich dadurch ein System etabliert, das Fehlanreize setzt und Sozialmissbrauch begünstigt.

Neben tatsächlich Schutzbedürftigen kamen vermehrt Personen im Rahmen der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit in die Stadt, ohne realistische Perspektiven auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Statt regulärer Beschäftigung wurden häufig Minijobs genutzt, um formale Voraussetzungen zu erfüllen und gleichzeitig Sozialleistungen zu beziehen. Hinzu kommen Scheinanmeldungen, überbelegte Wohnungen und Wohnsitze, die lediglich auf dem Papier bestehen. Die daraus entstehenden finanziellen Belastungen trägt die Stadt Essen und damit ihre Bürgerschaft.

Dass diese Problematik nicht nur theoretischer Natur ist, zeigen auch in Essen durchgeführte gemeinsame Kontrollen von Stadtverwaltung, Jobcenter, Ordnungsamt und Polizei. Dabei wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt, Personen abgemeldet sowie Leistungen überprüft oder eingestellt. Diese Einsätze verdeutlichen, dass Sozialmissbrauch auch in Essen Realität ist und konsequentes Handeln erforderlich macht. Nach Jahren unzureichender Kontrolle erzwingt die angespannte Haushaltslage nun ein Umdenken. Wohnsitzkontrollen müssen in Essen dauerhaft, systematisch und konsequent durchgeführt werden. Sozialleistungen dürfen ausschließlich denjenigen gewährt werden, die tatsächlich hier leben und einen rechtmäßigen Anspruch besitzen. Ordnung, klare Regeln und konsequente Durchsetzung sind Voraussetzung für die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Essen.